

...und anderes Material zur Demographie-Debatte von Jürgen Voss. Der Statistiker und Leser der NachDenkSeiten hat sich sachverständig und aktiv in die Debatte über unsere angeblichen demographischen Probleme eingemischt. Für solche Leser, die sich gerade mit diesem Thema beschäftigen und Material und Argumente brauchen, sind seine Texte und Daten eine Fundgrube.

Demographie

Zu "Grundkurs Demographie" Fünfte und siebte Lektion FAZ v. 26.2. und 1.3.05

Grundsätzlich ist es sicherlich verdienstvoll, wenn eine große Tageszeitung wie die FAZ sich des Themas Demographie mal von Grund auf annimmt, gehört doch der Verweis auf die "veränderten demographischen Bedingungen" zum argumentativen Standardrepertoire aller Repräsentanten des (verwirrten) Zeitgeistes: Vom Zuwanderungsbefürworter bis zum Abtreibungsgegner, vom Familienlobbyisten bis zum neoliberalen Systemveränderer. Wissenschaftliche Sachlichkeit wäre da angesichts eines mit so viel Demagogiepotential ausgestatteten Universalarguments dringend geboten. Ob Herwig Birg als ausgewiesener Fachmann in Sachen Demographie zu dieser Sachlichkeit fähig ist, bezweifle ich. Hierzu nur zwei eklatante Beispiele: Den schlagartigen Geburtenrückgang in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung erklärt Birg mit der "Vervielfachung des realen Pro-Kopf-Einkommens in den neuen Bundesländern", wodurch den dortigen Frauen erstmalig die "Opportunitätskosten von Kindern" bewußt geworden wären. Somit hätten sie sich veranlaßt gesehen, das Gebären einzustellen.

Abgesehen davon, dass sich die Zahl der Frauen in der Ex-DDR, deren Einkommen sich durch die Wiedervereinigung vervielfacht hat, in überschaubaren Grenzen gehalten haben dürfte, halte ich die bisher in der Sozialwissenschaft propagierte These, dass in sozialen Umbruchssituationen die verunsicherten Menschen wohl andere Sorgen im Kopf haben, als eine Familie zu gründen, für wesentlich plausibler.

Geradezu skandalös aber ist der zweite argumentative Fehltritt Birgs: Eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Wachstumsquellen, das Wachstum des Arbeitskräftepotentials, sei "demographisch bedingt versiegt". Eine solche Behauptung angesichts eines Arbeitslosenheers von 5-8 Millionen Menschen aufzustellen, ist nicht mal mehr kühn, sie ist schlichtweg verrückt.

Demographiemythologen a la Birg, denen in den letzten Jahren viel zuviel Beachtung geschenkt worden ist, lassen sich mit einer einfachen Frage entlarven: Wie sähe Deutschland aus, wenn sich die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre konstant

fortgesetzt hätten? Hier die leicht zu überprüfende Antwort: Mit 20,4 Millionen (34 mal 1,3 Mio. statt 700.000) Menschen mehr, von denen mindesten 12 - 14 Mio. (mehr) Arbeit nachfragen würden, wären wir sicherlich - so Birg - ein Vollbeschäftigungsparadies.

Jürgen Voß

Anmerkung: *nicht veröffentlicht*

Nachschub für die Demographielüge

(zu "Mehr als eine Million Pflegebedürftige..... in SZ v. 8.10.2003, S.6)

Über kaum eine Berufsgruppe werden traditionell so viele Witze gemacht wie über Statistiker. Winston Churchill hat sich ebenso über sie erheitert wie der große Spötter George Bernard Shaw. Ist es da verwunderlich, dass Statistiker immer dann, wenn sie mal richtig ernst genommen werden, förmlich aufblühen und die Gunst der Stunde genießen?

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen pustet so jedes Jahr seine Lungen freudig durch, wenn er "sein" statistisches Jahrbuch vorstellt, dessen Zahlen er leider immer genauso interpretiert wie es der momentane politische Mainstream gerne hört. Wir altern "dramatisch", die Bevölkerung schrumpft unaufhörlich, mehr als eine Millionen Pflegebedürftige werden uns im Jahre 2050 zur Last fallen. Kein Wunder, dass die sozialen Sicherungssysteme bedroht sind und die rastlos um unser Wohl bemühten Politiker vor lauter Kummer nicht mehr in den Schlaf kommen.

Dass ausgerechnet der Präsident des Statistischen Bundesamtes immer wieder von neuem glatten Blödsinn erzählen könnte, diese Annahme wäre angesichts soviel inkarnierter Kompetenz wohl blanke Häresie. Und doch ist es so:

Hahlen vergißt mitzuteilen, daß von den bisherigen 10 "koordinierten Bevölkerungsprognosen" - so heißen diese Dinger - noch keine gestimmt hat. Die Bevölkerung ist immer gewachsen und nie geschrumpft.

Ebenso vergißt er mitzuteilen, dass die angeblich so fürchterliche Schrumpfung der deutschen Bevölkerung im Jahre 2050 (!) auf 75 Mio. Einwohner (mittlere Variante) vom Resultat her gerade einmal 2,7 Mio. Einwohner weniger ausmacht als 1985 (60,9 Mio. Einwohner alte Bundesrepublik, 16,9 Mio "DDR") in Deutschland lebten und dass die Bevölkerungsdichte auf den Quadratkilometer dann immer noch eine der höchsten der Welt wäre.

Weiter fehlt der banale Hinweis, dass die "dramatische" Alterung das logische Resultat der geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre ist, denn wer geboren ist, wird nun auch mal alt und muß schließlich sterben. Sobald die geburtenschwachen Jahrgänge die Alterspopulation bestimmen, wird dies völlig anders sein und die Zahl der alten Menschen wird drastisch sinken.

All dies wäre noch verzeihlich, wenn nicht auch Hahnen einen Denkfehler machen würde, der zunächst nur auf einem semantischen Mißverständnis zu beruhen scheint, sich aber in der gesamten Diskussion um unsere (angeblich nicht mehr finanzierbaren) sozialen Sicherungssysteme fatal auswirkt: Die Verwechslung von "erwerbsfähig" mit "erwerbstätig". Erwerbsfähig im demographischen Sinne ist jeder Mensch zwischen 18 und 65, erwerbstätig oder gar sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist er damit noch lange nicht. So haben wir zur Zeit (und auch in Zukunft!) überhaupt keinen Mangel an erwerbsfähigen Menschen, aber einen beträchtlichen Mangel an (Steuer und Abgaben leistenden) Erwerbstätigen.

Wäre die rein biologische Betrachtungsweise richtig, müßten alle Entwicklungs- und Schwellenländer mit ihren phantastischen Geburtenzahlen und prächtigen Alterspyramiden glänzend finanzierte soziale Sicherungssysteme haben. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, entlarvt die ganze Lächerlichkeit der Demographielüge, der sich inzwischen alle Politiker virtuos bedienen und für die ein hoch bezahlter Beamter sachwidrig und kontrafaktisch einmal pro Jahr neue Munition liefert.

Jürgen Voß

Anmerkung: veröffentlicht

Anmerkung zu den vielen Leserbriefen zu "Wir Rabenmütter" FAZ vom 7. Januar 2005

Vor kurzem von einer anderen vorgeblichen "Qualitätszeitung" geächtet, weil ich dort die völlig einseitige Ausschaltung des Thema Demografie nicht mehr ertragen konnte, scheine ich bei der FAZ vom Regen in die Traufe gekommen sein. Auch hier das larmoyante Beklagen der Kinderlosigkeit, die Ursache für unser "dramatisches Schrumpfen" (bei 82,5 Mio. Einwohnern!) und den Bankrott unserer sozialen Sicherungssysteme. (Seit wann zahlen eigentlich Kinder Beiträge?). Schämen müssen sich vor allem jene Millionen Frauen und Männer, die lebenslang arbeiten, Beiträge und Steuern zahlen, die dann im Alter "ihre späte Einsamkeit durch Renten unverdient versüßt bekommen." (Waagerecht 44 im

Kreuzworträtsel des SZ-Magazins vom 11.02.05.

Deswegen zur Versachlichung unseren selbst ernannten Demografieexperten von Hahlen (Stat. Bundesamt) bis Müntefering (SPD) und Sandra Kegel (FAZ) ins Pflichtenheft geschrieben:

1. Wir haben zur Zeit gar keine demografischen Probleme; momentan müßten – wenn die Demografie entscheidend wäre – die Sozialkassen überfließen. Noch nie in der gesamten Nachkriegszeit waren so viele Menschen im erwerbsfähigen Alter wie zur Zeit. (Auch hier liegt ein Grund für die Arbeitsplatzlücke!)
2. Kinder, die später arbeitslos bleiben, stützen nicht die sozialen Sicherungssysteme, sondern sind selbst ein soziales Problem.
3. Die Kinderzahlen sind seit über dreißig Jahren innerhalb einer geringen Variationsbreite (+/- 50.000) konstant.
4. Ausgerechnet die übers letzte Jahrhundert gesehen krassen Ausnahmejahre 1960 – 1970 als Basis für die Berechnung von Geburtenziffern zu nehmen ist statistisch falsch und intellektuell unredlich.
5. Dass auch diese geburtenstarken Jahrgänge einmal ins Alter kommen werden – etwa ab 2025 – entspricht dem biologischen Lebenslauf. Diesen Ausnahmejahrgängen ständig quantitativ gleichwertige Jahrgänge “nachzuschicken” wäre auf ständiges Bevölkerungswachstum hinausgelaufen.
6. So geschehen, hätten wir heute zwischen 20 und 22 Mio. mehr Einwohner, von denen 10-12 Mio. Menschen (mehr) Arbeit nachfragen würden.
7. Die Zahl der Kinder hat mit der Sicherheit von Renten nichts zu tun. Entscheidend ist die (ständig sinkende) Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, oder sind die Renten in Marokko etwa am höchsten?
8. Frauen und Männer, die ihr Leben lang in schlechten Steuerklassen hohe Steuern und Sozialabgaben zahlen, leisten für das Gemeinwesen mehr als Familien mit vielen Kindern, von denen in der “schönen neuen neoliberalen Welt” garantiert viele arbeitslos bleiben.

Die Demografielüge ist wohl deshalb nicht tot zu kriegen, weil sie den unterschiedlichsten politischen Gruppen von links bis rechts als wunderbares Alibi dient: für Sozialabbau, für Zuwanderung, für höhere Transferleistungen an Familien, und nicht zuletzt als probates Mittel, im Sinne der alttestamentarischen Sündenbocktheorie die Aggressionen auf die kinderlosen Hedonisten zu lenken, die an unserem Niedergang schuld sind. Wenn es sich bei diesen dann noch um Raucher handelt, um so besser.

Jürgen Voß

Anmerkung: *nicht veröffentlicht*

Jürgen Voß

Herrn
Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

65180 Wiesbaden

Ihr Schreiben an die Süddeutsche Zeitung vom 1. Dezember 03

Sehr geehrter Herr Hahlen,

ich darf Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Antwort auf meinen Leserbrief vom 14. November aufmerksam gelesen und mir natürlich auch den entsprechenden Leserbrief in der Samstagsausgabe der SZ zu Gemüte geführt habe.

Aus dem Ton Ihrer Äußerungen spricht ein gerüttelt Maß an Verärgerung. Dies lag nicht in meiner Absicht. Gleichwohl überzeugen mich Ihre Einwände nicht im geringsten. Deshalb zur Ergänzung:

Sicherlich ist es nicht entgangen, dass neben dem Begriff "Globalisierung" – der hier nicht zur Diskussion steht – das sog. Demographieproblem seit nunmehr etlichen Jahren die sozialpolitische Diskussion beherrscht. Bei dieser absurden Alibiveranstaltung insbesondere zum Abbau sozialer Leistungen spielen die Prognosen ihres Hauses jeweils eine überragende, wenn nicht die entscheidende Rolle. Insofern müßte Ihnen klar sein, wie eminent politisch Ihre Prognosen wirken, selbst wenn Sie diese in der fachlichen Diskussion später noch so sehr relativieren mögen.

Besonders von drei politischen Lagern werden Ihre Prognosen als "wissenschaftliche" Legitimation in unheilvoller Weise verwandt:

1. Zunächst von unseren "Reformpolitikern". Ihnen kommen Ihre Prognosen prächtig zupaß, weil sie von ihrem Versagen ablenken und die eigentlichen entscheidenden Ursachen der Finanzierungsschwierigkeiten unserer sozialen Sicherungssysteme so herrlich vernebeln: Die Massenarbeitslosigkeit, die längst die 10 Mio. Grenze überschritten hat (Denn was sind 4 Mio. Frühverrentete anders als arbeitslos?) und die (neoliberale) Erosion des Arbeitsmarktes. Ihre Zahlen – in der Populärversion: zu

wenig Kinder, zu viele Alte - ist da eine toll eingängige Argumentation für jede Rentenkürzung (Seit wann zahlen Kinder Beiträge?) und ein Ablenken von der Tatsache, dass es auf die Zahl der Beitragszahler und nicht auf die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter ankommt.

2. Seit Beginn der neuen Massenzuwanderung Ende der achtziger Jahre (inzwischen mehr als 6 Mio. Menschen) argumentiert die Zuwanderungslobby mit ihren Zahlen, als wenn es nur darum ginge, im Unterbau der Pyramide bestimmte Alterskohorten aufzufüllen, dann wäre schon alles in Ordnung. Herausgekommen ist dabei eine unselektierte Zuwanderung von Menschen, deren "erwerbsfähiger" Anteil zu über 90% dem Niedrigqualifikationssegment zuzuordnen ist und sich deshalb in allen negativen Sozialstatistiken wiederfindet, nur nicht auf dem Arbeitsmarkt.
3. Noch ärgerlicher als dieser Tatbestand, der uns erst in den kommenden Jahren noch so manche Überraschung bescheren wird, ist aber die Instrumentalisierung Ihrer Zahlen durch eine aggressive Familienlobby, die es geschafft hat, dass die Sozialhilfeempfängerin mit 5 Kindern zur Zeit schon 15 Rentenjahre zugesprochen bekommt und demnächst - geht es nach dem Willen bestimmter Leute - 25 Rentenjahre. Von den beabsichtigten Rentenkürzungen für Kinderlose (bei ohnehin lächerlich niedrigen Renten) mal ganz abgesehen, für die das demographische Argument ebenfalls herhalten muß.

Fazit: Sie und Ihr Haus haben zumindest nicht verhindert, dass die rein biologistische Argumentation die sozialpolitische Diskussion beherrscht. Sollte ihnen das entgangen sein? Dabei liegt die Abwegigkeit dieser monokausalen Argumentation auf der Hand.

Wären die demographischen Daten wirklich so entscheidend, wie zur Zeit von allen behauptet, müßten angesichts des jetzigen Erwerbspersonenpotentials die Sozialkassen überfließen. Leider tun sie es nicht. Denn es kommt nicht auf die Zahl der Erwerbsfähigen, sondern die der Erwerbstätigen an, genauer: der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zur Zeit - nachzulesen in Ihrem Jahrbuch - stehen etwa 53 Mio. 18 - 65jährige 14 Mio. über 65jährigen gegenüber. Ein demographisch-quantitativ glänzende Relation.

Leider versäumen Sie es auch, in einem völlig undialektischem Umgang mit den Bevölkerungszahlen die durchaus positiven Folgen einer etwaigen Bevölkerungsschrumpfung (bei der ich mit Ihnen jede Wette eingehe, dass sie niemals kommen wird) mit zu erwähnen: Ein demographisch bedingter Rückgang der Arbeitslosigkeit, eine geringere Gesamtlastquote für die Erwerbstätigen, ein reduzierter Bedarf an Infrastruktur und ein Mehr an Lebensqualität bei geringerer Bevölkerungsdichte. Mit anderen Worten: Sie verschweigen den möglichen Charme einer anderen Paradigmatik, weil sie glauben, mit dem Katastrophismus mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen. So

z. B. mit den erwähnten 1.5 Mio. Pflegebedürftige im Jahre 2050. Woher wissen Sie das? Sind Sie so weit Medizinexperte, dass Sie den medizinischen Fortschritt der nächsten 50 Jahre voraussehen können?

Wäre Ihre und die mittlerweile allenthalben gepflegte Sichtweise richtig, müssten überjüngte Gesellschaften (die all auch mal ein Altenproblem bekommen, falls sie nicht ins Uferlose wachsen) glänzend finanzierte soziale Sicherungssysteme haben. Der Blick in die Türkei und in die Maghrebstaaten vermittelt da eine anderes Bild. Die Demographie ist sicherlich eine von vielen zu beachtenden Komponenten, die Rolle die ihr momentan zugemessen wird, ist deutlich überhöht, ja demagogisch übertrieben. Sie als Fachmann und Vertreter einer Bundesbehörde hätten in dieser Richtung mäßigend, relativierend und ausgleichend zu wirken. Leider tun Sie das Gegenteil und schüren damit – wenn auch vielleicht unabsichtlich – das Feuer. Denn das Echo in der Presse ist jedesmal verheerend. Das finde ich bedauerlich.

Ich würde mich freuen, Ihnen meinen Standpunkt mit diesen Zeilen besser verdeutlicht und vielleicht etwas Nachdenklichkeit produziert zu haben.

Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute, frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Voß

Anmerkung: *persönlicher Brief*

Süddeutsche Zeitung Leserbriefredaktion

Fast täglich schlägt sie zu: die Abteilung "Vergreisungshorror" im Redaktionsstab der Süddeutschen. Ob im Feuilleton ("tausende altersverwirrte Menschen! ") oder bei den Themen des Tages ("Im Land der Greise!"), wie erst kürzlich wieder Tina Bauer.

Nun hat in Deutschland der Zeitgeist schon manchen Blödsinn produziert: Die Marine-Kampagne unter Wilhelm II, die Dolchstoßlegende in Weimar ("Im Felde unbesiegt!"), die Hallstein - Doktrin und die Konvergenztheorie in den Fünzigern, der "Spätkapitalismusansatz" in den späten sechzigern; von den mörderischen Spielarten

deutscher Zeitgeistverirrung ganz zu schweigen.

Doch nie waren diese Ver(w)irrungen dergestalt, dass sie schon mit einfachsten arithmetischen Mitteln aufzulösen gewesen wären, wie jetzt bei dem ideologischen Evergreen: "Zu wenig Kinder!" Das Umlagesystem der Rentenfinanzierung basiert nämlich auf einem Gleichgewicht von Erwerbstätigen (und nicht von Erwerbsfähigen) und den nicht mehr Erwerbstätigen, also von Beitragszahlern und Rentnern. Dieses Gleichgewicht durch eine Zahlenrelation á la Herrn Kayser zu definieren ("heute finanzieren drei Erwerbstätige einen Rentner, morgen nur noch einer – übermorgen ein halber?, Frage: Wer finanziert morgen die drei – etwa neun?) ist deshalb unsinnig, denn wie hoch ist der Beitrag von zwei gut verdienenden Ingenieuren im Verhältnis zu dem von fünf Teilzeitverkäuferinnen?

Zur Zeit ruhen unsere sozialen Sicherungssysteme (noch) auf den Schultern von 27 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die insgesamt noch 18 Mio. Vollzeitstellen einnehmen. Leider werden es täglich weniger. Schon die bloße Rechnung, was denn wäre, wenn die 4 Mio. Arbeitslosen und die drei Mio. früh Verrenteten ebenfalls noch in (Vollzeit-)beschäftigung wären, zeigt das ganze Dilemma der Demografieideologen. Es kommt nicht auf die Zahl der Menschen an, sondern auf die Zahl der (versicherungspflichtigen) Arbeitsplätze.

Selbst mit 12 Mio. Menschen mehr – so viel wären es nämlich mindestens, wenn sich die Geburtenziffern der sechziger Jahre fortgesetzt hätten – wäre unsere Rente nicht um einen Cent sicherer: Im Gegenteil: Gut sechs Mio. Menschen mehr würden Arbeit nachfragen und allein vier Mio. junge Leute würden zusätzlich um Ausbildungsplätze kämpfen.

Schönen Gruß auch von den islamischen Mittelmeeraanrainern: Sie brauchen sich angesichts ihrer Alterspyramide in den nächsten hundert Jahren um ihre Rente ja keine Sorgen mehr machen, bei 50% der Bevölkerung unter 20 (Marokko) oder über 50% unter dreißig (Türkei). Deshalb wollen auch alle deutschen Rentner in die Türkei auswandern!

Schlimm ist nur, dass ausgerechnet die auf ihre intellektuelle Seriosität bedachte Süddeutsche immer wieder die Demografiekarte aus der Tasche holt und damit unseren unfähigen Politikern in die Hände spielt. Sie können ihr politisches Versagen mit Hinweis auf den "Sachzwang" Demografie hervorragend kaschieren. Bezeichnend ist auch, dass das steuerliche Umlagesystem bei den Beamten so sehr viel besser funktioniert, denn es ist nirgendwo in der Diskussion. Erstaunlich, denn im nahen Dezember bekommt ein einziges pensioniertes Lehrerehepaar eine Monatspension einschließlich "Sonderzuwendung" in Höhe der Jahresrente einer Facharbeiterwitwe. Haben die Beamten etwa mehr Kinder?

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Voß
Anmerkung: *veröffentlicht*

Jürgen Voß
Oberhausen, im November 2002

Herrn
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Ministerpräsident a. D.
01067 Dresden

Betr.: "Demografieproblem"

Sehr geehrter Herr Dr. Biedenkopf,

aus tiefer Sorge um Ihren Ruf als "brillanter Ideenproduzent" möchte ich Ihnen diesen Brief zukommen lassen, von dem ich hoffe, dass er Sie erreicht.

"Der Demographische Wandel ist eines der größten Probleme der nächsten Jahre!"

Dieses Ihnen zugeschriebene Zitat sowie die von Ihnen vorgenommene besondere Betonung dieser Frage während der Christiansenrunde vor einigen Wochen ließ mich aufhorchen. Sollte einer der wenigen nachdenklichen und intelligenten Politiker hier wie viele andere, verstärkt von einem Großteil der Publizistik, unkritisch in den Mainstreamchor derer einfallen, die die Demografie verantwortlich machen für den angeblich unumgänglichen Umbau der sozialen Sicherungssysteme (sprich Abbau von Leistungen für die breite Masse bei Aufrechterhaltung von grotesken Privilegien für wenige) und vor allem für weitere Zuwanderung (in die sozialen Netze)?

In diesem Fall - sollte es wirklich so sein - wäre ich von Ihnen sehr enttäuscht. Nun habe ich mir aus dem Internet Ihre Rede in der Bundesratssitzung v. 22. März 2002 geholt und mußte zu meiner Beruhigung feststellen, dass Sie - zumindest was die Zuwanderung anbetrifft - durchaus realistische Denkansätze vertreten.

Weniger trifft das für Ihre Position zum Thema "Demografie" (in der gleichen Rede zu). Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen als kleiner Städtestatistiker ein paar Hinweise gebe, die

Ihre Position zum Thema Demografie vielleicht ergänzen.

1. Die finanzielle Solidität der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Altersversorgung, ist bestimmt vom Verhältnis der Zahl der Beitragszahler (und der Höhe ihrer Beiträge) zur Zahl der Leistungsnehmer. Hier haben wir heute schon - arbeitsmarktbedingt und nicht demografiebedingt - ein Ungleichgewicht, das sich auf die Leistungsfähigkeit der drei (demnächst auch des vierten) Versorgungssysteme negativ auswirkt. Denn, wie Sie es richtig sehen, ist zwar die Zahl der an sich Erwerbsfähigen hoch wie nie, aber die Zahl der nicht Erwerbstätigen, die gleichwohl Leistungen abrufen, ebenfalls.
2. Entscheidend ist aber nicht alleine das Verhältnis Leistungserbringer / Leistungsnehmer, sondern auch die Höhe der Verdienste und der davon abhängigen Abgaben auf der einen Seite und die Höhe der Renten und Versorgungsleistungen auf der anderen. Bei einem demografisch zurückgehenden Arbeitsmarktangebot kann von steigenden Löhnen und entsprechend steigenden Abgaben (bei sinkenden Abgaben für die AL und die KV) ausgegangen werden, bei den RV-Leistungen von zwar insgesamt steigenden Aufwendungen bei demnächst jedoch relativ sinkenden Leistungen pro Fall, d.h. der Zahlungsbeträge. Warum?: Es ist schon heute absehbar, dass die bisher dominierenden Vollerwerbsbiografien abgelöst werden von hoch fraktionierten. Mit anderen Worten: Die Rentenzahlungen insgesamt hoch zu rechnen anhand der heutigen Durchschnittsbeträge ist deshalb falsch.
3. Zur heute erwerbsfähigen Generation gehören die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre. Die jetzige Arbeitsmarktsituation ist deshalb nicht nur gekennzeichnet von strukturellen und konjunkturellen sondern auch von demografischen Problemen: Es fragen zu viele Menschen Arbeit nach. Durch eine dumme, teilweise ideologisch ("Multikulti", "Spät"- Aussiedler!) begründete Zuwanderungspolitik in den neunziger Jahren haben wir die Bevölkerung - vor allem ihren erwerbsfähigen Teil - noch zusätzlich aufgebläht, so dass wir heute sogar eine zuwanderungsbedingte Arbeitslosigkeit haben.
4. Eine demografisches Problem bekommen wir in den nächsten Jahrzehnten durchaus - mit einem Kulminationspunkt im Jahre 2030, wenn die komplette "Nachpillengeneration" - deren Geburtenziffern übrigens seit dreißig Jahren praktisch konstant sind und nicht sinken (!) - der (dann verrenteten) Vorpillengeneration gegenübersteht. Aber auch dann läßt sich die Problematik nicht, wie im beiliegenden Artikel der Süddeutschen angesprochen, mit der typischen Versicherungsvertreterrechnung simplifizierend darstellen ("Heute "ernähren" drei Erwerbstätige einen Rentner, demnächst wird es nur noch einer sein!""???). Frage: Wer ernährt später die drei? Neun ? Und die neun dann 27? Nach der Rechnung muß sich

nicht nur die chinesische Bevölkerung bald verdreifachen.

5. Die viel gerühmte Pyramide, nach der sich alle sehnen, ist kennzeichnend für Schwellenländer mit schlechter gesundheitlicher Versorgung – niedrige Lebenserwartung, hohe Geburtenzahlen. Ein solches Modell uns wieder (siehe beiliegender Artikel) als Idealform vorzustellen, ist absurd. Denn das hieße – bei unserem medizinischen Forschungsstand – eine permanent wachsende Gesamtbevölkerung zu verlangen, deren Dimension ins Abwegige gehen. (Den Geburtenstand der 60er Jahre fortgeschrieben, hätten wir heute über 12 Millionen Einwohner mehr, von denen mindestens weitere sechs Millionen Menschen (die Jahrgängen 70 – 80) Arbeit nachfragen würden. Im Übrigen zeigen gerade die “pyramidalen” Schwellenländer, wie wenig Kinderreichtum mit der Sicherheit von sozialen Systemen zu hat: Nämlich gar nichts. Sonst wären in der Türkei (5% der Menschen über 65, über 50% unter dreißig) die Renten am höchsten und in Italien und Deutschland am niedrigsten.
6. Es ist rechnerisch leicht nachzuvollziehen ist, dass weder eine massive Zuwanderung noch eine schlagartige Änderung des generativen Wandels etwas an unserer demografischen Situation ändern würden, mit anderen Worten: Wir haben uns mit den vorhandenen Altersstrukturen abzufinden, die in ihrer “Negativität” übrigens nur die Sache einer Generation sind: Nach 2030 sinkt – trotz des medizinischen Fortschritts – die Belastung wieder, denn auch die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge werden eines Tages sterben.
7. Hieraus folgt: Die uns vorhergesagte Schrumpfung müssen wir akzeptieren und die damit zusammenhängenden – vorübergehenden Belastungen – als Probleme nüchtern analysieren und lösen. Dazu müßte eines der reichsten Länder der Welt doch imstande sein. In dieser Schrumpfung liegt eine einmalige Chance zur Verbesserung unserer Lebensqualität und die der nachfolgender Generationen: Durch die Renaturalisierung von Industrie- und Wohnflächen, durch den Abriß der Slums aus den siebziger Jahren (Düsseldorf-Garath, Bremen-Neue Vahr, Berlin-Neukölln) und durch die Renaissance der Wertschätzung dem Einzelnen gegenüber. Oder sind 3.500 Einwohner pro Quadratkilometer ein Zeichen von Lebensqualität?. Not tut also ein Paradigmenwechsel in der politischen Diskussion, den intellektuell vorzubereiten, ich gerade von Leuten wie Ihnen seit langem erwarte.

Zum Schluß noch ein Hinweis: Die Belastung für die nachfolgenden Generationen läßt sich natürlich auch dadurch reduzieren, dass die Zahlbeträge, mit anderen Worten die Ansprüche der Älteren, zurückgefahren werden. Bei der Rente – ausgerechnet bei dem Versorgungssystem mit den niedrigsten Beträgen pro Rentenfall – hat man damit schon begonnen. Vor weiteren auf der Hand liegenden Möglichkeiten sieht man ab: Ich erwähne

aus meiner Kenntnis heraus nur einige:

Die Abschaffung der 13. Monatspension für Beamte.

Die Einführung einer Pensionsbemessungsgrenze für die gleiche Personengruppe.

Die Abschaffung des Beihilfesystems bzw. dessen Ausrichtung an Sätzen der privaten Liquidation.

Die Abschaffung der beitragsfreien Altersversorgung dieser Personengruppe. (Polster wären durch den netto-wage-drift ausreichend vorhanden).

Die Abschaffung der beitragsfreien Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst.

Die Beseitigung knappschaftsrechtlicher Privilegien (Faktor 1,333).

Die Reduktion von Versorgungsansprüchen von unseren Politikern (insgesamt quantitativ nicht der größte Posten, aber aus Gerechtigkeitsgründen unabdingbar).

Die Streichung der Kuren für Rentner (Kostenträger: Krankenkassen).

Die Streichung der Vorbeugekuren (Kostenträger: RV).

Die Reform des Schwerbehindertenrechts.

Und schließlich die Entlastung des intergenerativen Solidarausgleichs durch einen intragenerativen, Spielraum dazu böte sich genug.

Durch diese Maßnahmen wäre natürlich das Problem in Gänze nicht beseitigt, ihm zumindest über die nächsten Jahre an Schärfe genommen. Oder halten Sie es für gerecht, wenn wir in diesen Zeiten, von allen Bedenken unbehelligt, dem pensionierten Lehrerehepaar mittlerer Güteklasse im kommenden Dezembermonat zwischen 16 und 18.000 DM (8 - 9.000 Euro) überweisen, während wir dem Arbeiter zumuten, nicht nur 10 % seines besteuerten Bruttoeinkommens für die Altersversorgung der jetzigen Rentner sondern dazu noch einmal 5-6% seines Nettoeinkommens für eine zusätzliche private Rente auszugeben, nur um sicherzustellen, daß er in 30 Jahren eine Rente auf dem Kaufkraftniveau von heute 2.000 DM erhält? Ich nicht!

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Voß

Anmerkung: *pers. Brief mit Rückantwort*

Das Märchen von den schlechten demografischen Verhältnissen*

**im Sinne des Loriotschen "Universalbenutzers" universell nutzbar in der*

Zuwanderungsdebatte, in der Rentenpolitik, bei der Familienförderung, in der Abtreibungsdebatte (nur von Katholiken), in der Steuerdebatte und vor allem in den neoliberalen Verkündungsrunden, genannt Talkshows

*alle Zahlen Stat. Bundesamt, alle bezogen auf Gesamtdeutschland, nachzulesen: Stat. JB des Bundes , 2004, S. 40

nicht erwerbstätig 0-18

Jahr	0-1	1-6	6-14	14-15	15-18	Summe
1950	1.054.090	4.389.870	9.426.951	1.185.685	3.169.228	19.225.824
1960	1.226.255	5.614.730	8.102.974	800.076	2.752.605	18.496.640
1970	1.015.658	6.089.568	9.871.552	1.096.794	3.205.352	21.278.924
1980	859.531	3.974.333	8.129.750	1.310.161	4.057.829	18.331.604
1990	911.442	4.432.548	6.789.743	803.770	2.406.208	15.343.711
2000	766.554	3.951.030	7.123.903	935.755	2.722.944	15.500.186
2001	735.755	3.959.424	6.967.982	955.683	2.762.575	15.381.419
2002	719.250	3.904.271	6.813.038	979.021	2.821.077	15.236.657

erwerbsfähig 18-65

Jahr	18-21	21-40	40-60	60-65	Summe	Bev. gesamt
1950	2.878.238	17.287.640	19.831.687	3.373.523	43.371.088	69.346.297
1960	3.614.380	19.492.696	18.811.081	4.261.871	46.180.028	73.146.809
1970	3.211.025	20.488.103	17.523.879	4.787.899	46.010.906	78.069.471
1980	3.925.930	20.637.672	20.328.474	3.009.768	47.901.844	78.397.483
1990	3.066.450	24.120.544	20.959.571	4.350.811	52.497.376	79.753.227
2000	2.852.894	22.536.777	21.957.504	5.718.165	53.065.340	82.259.540
2001	2.841.251	22.222.764	22.123.547	5.805.606	52.993.168	82.440.309
2002	2.822.292	21.857.838	22.517.506	5.663.568	52.861.204	82.536.680

nicht mehr erwerbsfähig (über 65)

Jahr	Anzahl
1950	6.749.385
1960	8.470.141
1970	10.779.641
1980	12.164.035
1990	11.912.140
2000	13.694.014
2001	14.065.722
2002	14.438.819

Bevölkerungswachstum in %

Jahr	Wachstum
1970	= Basis = 100%
1980	0,4
1990	2,2
2000	4,4
2001	5,6
2002	5,7

Altersstruktur insgesamt

Jahr	0-18	18-65	über 65	Bevölkerung insgesamt	0-18 + über 65*
1950	19.226	43.371	6.749	69.346	25.975
1960	18.497	46.180	8.470	73.147	26.967
1970	21.279	46.011	10.780	78.069	32.059
1980	18.332	47.902	12.164	78.397	30.496
1990	15.344	52.497	11.912	79.753	27.256
2000	15.500	53.065	13.694	82.260	29.194

2001	15.381	52.993	14.066	82.440	29.447
2002	15.236	52.861	14.439	82.536	29.675

* *sog. Gesamtlastquote*

Lastquoten

Jahr	Alters"last"quote	Jugend"last"quote	Gesamt"last"quote
1950	15,6	44,3	59,9
1960	18,3	40,1	58,4
1970	23,4	46,2	69,7
1980	25,4	38,3	63,7
1990	22,7	29,2	51,9
2000	25,8	29,2	55,0
2001	26,5	29,0	55,6
2002	27,3	28,8	56,1

Fazit:

- 1. Die Bevölkerung ist nie geschrumpft, sondern immer gewachsen**
- 2. Die Gesamtlastquote war 1950 höher als heute.**
- 3. Es sind heute 6,85 Mio. Menschen mehr im erwerbsfähigen Alter als 1970**

Anmerkung: Die aktuelle Bevölkerungszahl liegt bei 83,6 Mio. und ist damit die elfthöchste